

Piratenpartei Deutschland Pflugstr.9a 10115 Berlin

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen |
Foundation for the Rights of Future Generations
Mannspergerstr. 29
70619 Stuttgart

13.05.2024

Ihre Anfrage zur EU-Wahl

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Menschen,

danke für Ihre Wahlprüfsteine im Rahmen der EU-Wahl 24, die wir
nachfolgend beantworten:

Klimapolitik

*Wie stehen Sie zur Einrichtung eines Klimarates, zusammengesetzt
aus zufällig ausgelosten Bürgerinnen und Bürgern, auf europäischer
Ebene (ähnlich dem französischen Modell von 2019-2020 oder dem
österreichischen Modell von 2022)?*

PIRATEN wollen, dass die Menschen sowohl in der politischen
Debatte als auch im Entscheidungsprozess direkter und umfassender
mitwirken können. Das Europäische Parlament muss ein Instrument
für die E-Partizipation einrichten. Bürgerinnen und Bürger sollten in
der Lage sein, Gesetzesvorschläge öffentlich zu diskutieren,
Änderungsvorschläge zu unterbreiten und online zu unterstützen
(oder dagegen zu stimmen). Dies sehen wir als breiter vertretene und
interessierte Öffentlichkeit, als einen Rat aus zufällig zusammen
kommenden Personen.

Finanzpolitik

*Sind Sie dafür, dass die EU auch künftig selbst keine Schulden (z.B.
Eurobonds) machen darf? Halten Sie die Schuldenbremsen, so wie
sie sich europäische Länder (z.B. Deutschland) nach der Finanzkrise
2009 in ihre Verfassungen geschrieben haben, für erhaltenswert?*

Zu den Einnahmequellen der EU gehören: Beitragszahlungen der
Mitgliedsländer; Einfuhrzölle auf Erzeugnisse aus Drittländern; eine

Piratenpartei Deutschland Bundesverband

Pflugstraße 9a
10115 Berlin

www.piratenpartei.de
vorstand@piratenpartei.de

Telefon: +49-30-27572040
Telefax: +49-30-609897517
bgs@piratenpartei.de

Vertretungsberechtigter Vorstand:

Vorsitzender:
Lukas Küffner

Stellv. Vorsitzender:
Stephan Franzelius

Schatzmeister:
Wolf Vincent Lübcke

Stellv. Schatzmeisterin:
Jutta Dietrich

Pol. Geschäftsführer:
Dennis Klüver

Stellv. pol. Geschäftsführer:
Babak Tubis

Generalsekretär:
Borys Sobieski

Stellv. Generalsekretär:
Stephan Erdmann

Bankverbindung:

GLS Bank Bochum
IBAN: DE36430609677006027900
BIC: GENODEM1GLS

neue Abgabe auf nicht recycelbare Plastikverpackungen; Geldbußen für Unternehmen, die EU-Vorschriften nicht einhalten. Die EU-Länder vereinbaren die Höhe des EU-Haushalts und die Modalitäten seiner Finanzierung mehrere Jahre im Voraus. Somit besteht keine Notwendigkeit der Kreditaufnahme.

Wir PIRATEN stehen für einen europaweiten flächendeckenden Erhalt und Ausbau der Infrastruktur. Es besteht die Gefahr zusätzlicher Mittelkürzungen für unsere Infrastruktur durch die europäische Schuldenbremse, den Fiskalpakt. Das zukünftige Europaparlament soll sich dafür einsetzen, ausreichende Investitionen in den Erhalt der öffentlichen Infrastruktur zu gewährleisten. Die Verkehrswende in Europa braucht ein nachhaltig finanziertes Verkehrssystem, lebenswerte Wohnräume und einen höheren Schienenanteil um Umwelt und Klima zu schonen sowie den Personen- und Warentransport sicherzustellen.

In der forcierten Einmischung der Europäischen Kommission in die Haushaltspolitik einzelner Mitgliedstaaten sehen wir PIRATEN eine Missachtung des Demokratieprinzips und eine akute Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung und den Einigungsprozess in Europa. Wir lehnen den europäischen Fiskalpakt daher als demokratisch nicht legitimierten Eingriff in die Haushaltshoheit der Mitgliedstaaten ab. Weitere Schritte zur Integration der Eurozone erfordern zwingend eine verstärkte demokratische Legitimation und Rechenschaftspflichten sowie die Ausweitung der parlamentarischen Kontrollrechte.

Bildungspolitik

Sind Sie dafür, das Budget für Bildungsprogramme (z.B. ERASMUS+) an EU-Universitäten zu erhöhen? Sind Sie dafür, dass auch weiterhin junge Menschen zum 18. Geburtstag ein Interrail-Ticket (Discover EU) geschenkt bekommen können, damit sie sich mit dem Kontinent vertraut machen können?

Die Teilhabe in Würde und Freiheit von allen Erasmusstudierenden ist zu gewährleisten. Durch diese Maßnahmen können alle jungen Menschen unterstützt werden, Gleichaltrige aus verschiedenen europäischen Ländern kennenzulernen und interkulturelle Kompetenzen zu entwickeln. Insofern können wir beide Fragestellungen bejahen.

Agrarpolitik

Wie wollen Sie sicherstellen, dass die europäische Agrarwirtschaft im Rahmen ihrer Nahrungsmittelherstellung auch ihrer bedeutenden Rolle beim Klimaschutz und dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen nachkommt?

Da wir ein Teil der Natur sind, hängt unsere Lebensqualität von natürlichen Ressourcen wie unverschmutztem Wasser, Luft, Boden und Lebensmitteln in unseren Häusern ab. Wir müssen eine nachhaltige und gesunde Lebensmittelproduktion für alle erreichen, jetzt und in Zukunft. Wir setzen uns für eine starke Rolle der Ausschüsse ENVI, AGRI, PECH und REGI ein, vorausgesetzt, es werden Lehren aus den Fehlern der Vergangenheit in der EU-Agrarpolitik gezogen. Es ist ihre Aufgabe, unsere natürlichen Ressourcen zu schützen und die Ausbeutung der Natur in ein Gedeihen der Natur zu verwandeln.

Wir fordern, dass die ehrgeizigen Umweltversprechen und -pläne, die auf EU- und internationaler Ebene gemacht wurden, eingehalten (und wenn möglich übertroffen) werden. Dies gilt sowohl für die Erhaltung und Förderung der biologischen Vielfalt in

Agrarökosystemen als auch für die Treibhausgasemissionen der Landwirtschaft.

Wir wollen eine Gemeinsame Agrarpolitik, die die natürliche und kulturelle Vielfalt unterstützt. Wir sind überzeugt, dass die Vielfalt der Nahrungsmittelproduktion, die lokal angepasst ist und in den Händen vieler unabhängiger und selbstbestimmter Akteure liegt, auch Ernährungssicherheit und Lebensqualität auf dem Land und in den Städten gewährleistet.

Die GAP sollte die Landwirte dazu ermutigen, sich an den Klimawandel anzupassen, was die Technologien und die Wahl der Kulturen oder Rassen betrifft. Die GAP muss einen Rahmen bieten, der gleiche Rechte, Chancen und Verpflichtungen festlegt.

Die Rolle der Subventionen in der europäischen Agrarpolitik muss sich in Richtung einer stärkeren Ausrichtung auf Vielfalt und Gleichheit ändern. Finanzielle Unterstützung muss nach Kriterien der Nachhaltigkeit gewährt werden und nicht auf der Grundlage der Fläche oder der Produktion.

Arbeitsmarktpolitik

Welche arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten planen Sie, um die strukturelle Diskriminierung junger Menschen auf dem freien Arbeitsmarkt und im öffentlichen Dienst zu bekämpfen? Inwiefern plant Ihre Partei, Europa als Wirtschaftsstandort für junge Gründer und Gründerinnen attraktiver zu machen?

Einerseits hat gerade eine Studie der Bertelsmann-Stiftung bestätigt, dass es mit entsprechendem finanziellem und familiärem Hintergrund wahrscheinlicher ist, ein Unternehmensgründung überhaupt aber auch erfolgreich durchzuführen, als ohne. Hier wäre ein Fond mit Wagniskapital, was insbesondere den Gründern und Gründerinnen ohne diesen Background zur Verfügung steht, denkbar. Alternativ bietet sich die Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens an, um wenigstens zu vermeiden, dass beim Scheitern einer Gründung die Gefahr besteht, jeglichen finanziellen Halt zu verlieren.

Eine strukturelle Diskriminierung junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt, privat wie öffentlich, können wir nicht feststellen. Im Gegenteil, beide Bereiche werben um qualifizierten Nachwuchs mit verschiedensten Mitteln und Anreizen. Somit liegt unser Augenmerk auf der Vermittlung von passender Bildung, um den immer komplexer, digitaler und technischer werdenden Anforderungen in weiten Teilen von Industrie und Handwerk aber auch in Verwaltung und Dienstleistung gerecht zu werden. Was im öffentlichen Bereich noch ein Problem ist, sind die Aufstiegsmöglichkeiten. Hier wird sich mit dem Ausscheiden der geburtenstarken Jahrgänge aus dem Arbeitsleben jedoch in überschaubarer Zeit eine Entspannung ergeben.

Digitalpolitik

Digitale Lösungen können zur Bewältigung großer Herausforderungen beitragen, enthalten aber auch Risiken. Wie wollen sie mit der Gefahr von Fake News durch soziale Medien umgehen? Planen Sie strengere Vorgaben für die Algorithmen von TikTok oder ähnliche Apps?

Wir sehen in einer kontinuierlichen, fächerübergreifenden Medienbildung die beste Möglichkeit, einen verantwortungsvollen Umgang und eine Unterscheidung von echten

und falschen Informationen im Netz zu erkennen. Dies wirkt sich dann auf die Nutzung und Einordnung aller sozialen und sonstigen Medien aus, sodass es keiner gesonderten Regeln für TikTok oder ähnliche Apps bedarf. Da wir bei der schleichenden Umsetzung von allem, was mit Digitalisierung in Deutschland zu tun hat, wissen, dass dies noch ein weiter Weg ist, muss bis dahin das Prinzip "Löschen statt Sperren" umgesetzt werden. Dies darf aber nicht durch eine Künstliche Intelligenz entschieden werden. Verschiedene Beispiele in der Vergangenheit haben die Fehleranfälligkeit einer derartigen Vorgehensweise gezeigt.

Mitbestimmung der jungen Generation

Wie stehen Sie zur Einführung von Jugend- oder Nachwuchsquoten (Prozentsatz von neuen Kandidierenden) in Ihrer eigenen Partei? Unterstützen Sie länderübergreifende Teilhabe-Initiativen für junge Menschen, wie beispielsweise ein EU-weites Jugendparlament?

Prinzipiell sehen wir Quoten als einen Eingriff in die innere Organisation der Parteien. Genauso prinzipiell kann bei uns jedes Mitglied ab dem gesetzlich zulässigen Alter um ein Mandat kandidieren. So sind die Plätze 2 (Anne Herpertz) und 3 (Lukas Küffner) mit 26 und 22 Jahren nicht nur auf aussichtsreichen Plätzen zur Europawahl, sondern auch ehemalige bzw. aktueller Bundesvorsitzender der Piratenpartei Deutschland.

Anmerken möchten wir an dieser Stelle, dass Lukas Küffner einer der Antragstellenden beim Bundesverfassungsgericht war, der für das Wahlrecht ab 16 Jahren bei der EU-Wahl gesorgt hat.

In diversen Kommunen haben wir uns schon für eine stärkere Partizipation Jugendlicher eingesetzt, auch in Jugendparlamenten. Somit stehen wir generell auch dem Wunsch nach einem EU-weiten Jugendparlament offen gegenüber.

Rentenpolitik

Sind Sie dafür, dass deutsche Politiker und Politikerinnen, die ins EU-Parlament einziehen, während ihrer Mandatszeit in die Deutsche Rentenversicherung einzahlen (anstatt vom Deutschen Staat einen Anspruch auf eine Abgeordnetenpension zu bekommen)?

Wir setzen uns generell für die Einbeziehung sämtlicher Einkommen in die Zahlungen für die Deutsche Rentenversicherung unter Aufhebung von Beitragsbemessungsgrenzen ein. Dementsprechend gilt dies auch für deutsche Politiker und Politikerinnen.

Wir hoffen, mit diesen Aussagen gedient zu haben und verbleiben

mit freundlichen Grüßen
Piratenpartei Deutschland
Thomas Ganskow
Bundeskoordinator Wahlprüfsteine

Dieses Schreiben ist maschinell erstellt und trägt keine Unterschrift.